

Presseinformation

Erhöhung der Kindpauschale "ein erster Ansatz"

Caritas in Diözese Münster beteiligt sich an Vorbereitung des neuen Kinderbildungsgesetz/Defizit noch nicht ausgeglichen

Münster (cpm). Die von Landesfamilienministerin Christina Kampmann angekündigte Verdopplung des Steigerungssatzes der Pauschale pro betreutem Kind in den Tageseinrichtungen auf drei Prozent begrüßt die Caritas im Bistum Münster "als ersten Ansatz". Die steigenden Personal- und Sachkosten "können damit allerdings noch nicht ausgeglichen werden", erklärte Marita Haude, Referatsleiterin Kinder- und Jugendhilfe im Diözesancaritasverband Münster, am Donnerstag. Die Erhöhung werde schon allein durch die strukturellen Veränderungen der Tarife aufgebraucht. Tarifierhöhungen und weitere Steigerung der Sachkosten würden deshalb die finanziellen Probleme der Träger erhöhen. Die katholische Kirche im Bistum Münster ist mit 725 Einrichtungen der größte Träger in NRW.

Seit Erlass des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) 2008 werden vom Land nicht mehr die tatsächlich entstandenen Kosten abgerechnet, sondern erhalten die Kitas Pauschalen. Weil deren jährliche Anpassung um 1,5 Prozent die tatsächlichen Kostensteigerungen nicht ausgleichen konnten, sind viele Einrichtungen allen Sparanstrengungen zum Trotz in rote Zahlen gerutscht.

Die Ministerin will die Spitzenverbände und Kirchen an der Erarbeitung des neuen KiBiz beteiligen, das in der kommenden Legislaturperiode verabschiedet werden soll. Sie werde sich dabei für eine bessere Finanzierung einsetzen, kündigt Haude an. Derzeit müssten wegen mangelnden Geldes Leitungen im Gruppendienst aushelfen und bleibe den Erzieherinnen wegen knappen Personals auch kaum Zeit für Vor- und Nachbereitung. Für die auch vom Land geforderte Betreuungsqualität sei aber eine Freistellung von Leitungen größerer Einrichtungen und mehr Freiraum für die Mitarbeiterinnen erforderlich. Insofern könnten die 330 Millionen aus dem Betreuungsgeld, das NRW für die Kitas verwenden wolle, nur ein erster Anfang sein.

Die katholische Kirche entlastet die öffentlichen Kassen im Kinderbetreuungsbereich in erheblichem Maße. Als Träger von Tageseinrichtungen übernimmt sie einen Anteil von 12 Prozent an den Kosten und hat in den vergangenen Jahren in erheblichem Umfang in den Ausbau der U3-Betreuung investiert. "Aber diese Ausweitung des Angebotes verursacht auch höhere Kosten, für die es bislang keinen Ausgleich gibt", sagt Haude.

007/2016 (hgw)

28. Januar 2016

